



## PSA-Test – sinnvoll oder nicht?

Pressekonferenz

am 31. Juli 2008

## Statement von Susanne Mauersberg,

Referentin für Gesundheit im Verbraucherzentrale Bundesverband

Bei dem Krebsfrüherkennungstest PSA wird ein in der Prostata gebildeter Eiweißstoff (das Prostata-spezifische Antigen) gemessen. Die Höhe des Wertes kann ein Indikator für Prostatakrebs sein. Da wissenschaftlich nicht nachgewiesen ist, dass der mögliche Nutzen dieses Tests den möglichen Schaden überwiegt, bezahlt die gesetzliche Krankenversicherung die Untersuchung nicht im Rahmen der normalen Krebsfrüherkennung. Für die Erstattung muss ein Verdacht auf ein Prostatakarzinom bestehen: Der Patient hat zum Beispiel Beschwerden, und eine Erstattung der Prostata durch den Arzt ergibt einen unklaren Befund. Der Test kann als Kassenleistung außerdem zur Verlaufskontrolle bei einer schon bestehenden Krebserkrankung eingesetzt werden.

Bei zahlreichen Krebsfrüherkennungsuntersuchungen, die auf dem Markt sind, ist der Nutzen wissenschaftlich nicht nachgewiesen. Ob diese Untersuchungen wirklich geeignet sind, Krebserkrankungen in einem frühen Stadium zu entdecken und die Heilungschancen zu erhöhen, ist fraglich. In Arztpraxen werden diese Diagnoseverfahren Patienten als sogenannte IGeL, individuelle Gesundheitsleistungen, angeboten. Diese Leistungen muss der Patient selbst bezahlen. Da der Arzt an solchen Leistungen ein verstärktes wirtschaftliches Interesse hat – sie werden in der Regel deutlich besser bezahlt als Kassenleistungen –, ist die entsprechende Beratung nicht immer neutral und unabhängig. Dies betrifft vor allem mögliche nachteilige Ergebnisse, zum Beispiel belastende Folgeuntersuchungen zur Abklärung. Neben mangelhafter Beratung werden von Ärzten bei IGeL häufig keine schriftlichen Behandlungsverträge abgeschlossen. Eine für den Patienten vor der Leistungserstellung transparente Kostendarstellung erfolgt damit nicht. Weitere Probleme, die von Patienten im Rahmen einer unabhängigen Patientenberatung geschildert werden, sind das Fehlen einer Rechnung sowie, dass die Patienten keine Bedenkfrist haben.

Für den PSA-Test hat die Bewertung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkasse ergeben: Mindestens zwei von drei Männern, die einen auffälligen PSA-Wert haben, sind nicht krebskrank. Die meisten Männer insbesondere zwischen 70 und 75 Jahren, bei denen mittels Test ein Prostatakrebs entdeckt wird, sind durch diesen Krebs weder in ihrer Lebenserwartung betroffen, noch beeinträchtigt er ihr Befinden. Für die meisten Männer ist die nachfolgende Behandlung überflüssig und mit Nachteilen wie Inkontinenz und Impotenz verbunden. Nachsorgende Beratung ist daher nicht optimal. Untersuchungen, die keinen klaren Befund ergeben, steigern Ängste, anstatt sie zu nehmen. Gerade Menschen, die besonders ängstlich sind, nehmen solche Untersuchungen uninformiert in der Hoffnung wahr, sich anschließend weniger Sorgen machen zu müssen. Menschen, die zu Sorglosigkeit neigen, lassen sich durch einen

negativen Befund möglicherweise zu weniger Achtsamkeit verleiten. Der Verbraucherzentrale Bundesverband begrüßt daher das neue Angebot einer Online-Entscheidungshilfe für Patienten, das der AOK-Bundesverband in Kooperation mit dem Krebsinformationsdienst des Deutschen Krebsforschungszentrums und der Universität Bremen erstellt hat. Schon vor dem ersten Arztbesuch können Patienten sich nach individuellem Bedarf die Informationen zusammensetzen, die ihnen für ihre persönliche Situation hilfreich erscheinen. Im Zweifelsfall empfiehlt sich jedoch, eine unabhängige Beratung aufzusuchen, die durch die Entscheidungshilfe nicht ersetzt werden kann.

Die wichtigste Botschaft ist: Eine individuelle Entscheidung für oder gegen den PSA-Test ist sinnvoll und ratsam. Es macht einen großen Unterschied, ob der Patient den Test mit oder ohne ein fundiertes Wissen um seine Mängel wahrnimmt. Auch Folgeuntersuchungen wie die Gewebeentnahme wird er mit einem besseren Gefühl absolvieren, wenn sie ihn nicht unvorbereitet treffen. Die gemeinsame Entscheidung entlastet schließlich auch den Arzt. Er kann die Option, auf eine möglicherweise sinnvolle Untersuchung zu verzichten, schlechter verantworten als der Patient selbst es kann.